

SPD - P R E S S E D I E N S T

P/XI/257 - 7. November 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Wahl Eisenhowers und der Waffenstillstand im Nahen Osten	S. 1
Zum Pariser Gastspiel des Kanzlers In französischer Sicht	S. 2a S. 3
H.C. Hansen, Dänemarks Ministerpräsident, 50 Jahre alt	S. 5
Jetzt ist Rheinland-Pfalz an der Reihe	S. 7

Jenseits der unmittelbaren Gefahr

sp. Als sich vor vier Jahren Dwight D. Eisenhower dem amerikanischen Volk als Kandidat der republikanischen Partei zur Wahl stellte, kämpften amerikanische Soldaten im Auftrage der UNO in Korea. Eisenhowers Wahlversprechen lautete damals, er werde diesen Krieg so schnell wie möglich beenden und den amerikanischen Müttern und Frauen ihre Söhne und Männer zurückgeben. Niemand sah damals so recht, wie der General dieses Versprechen werde einlösen können, eratzunlicherweise gelang es ihm aber. Wenige Monate nach seinem Amtsantritt zog der Friede tatsächlich in Korea ein.

War schon der Sieger des Zweiten Weltkrieges ein wahrhaft volkstümlicher Mann in den Vereinigten Staaten, so erschloss dieser Friedensserfolg dem frischgewählten Präsidenten alle Herzen. Dies vor allem hat die Republikaner später bewogen, ihn ein zweites Mal in die Arena zu schicken und dies in erster Linie hat ihn abermals siegen lassen. Denn die Situation im November 1956 hat eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der des Jahres 1952. Der Krieg, der damals bereits zwei Jahre im Gange war, hätte dies^{mal} ohne weiteres gerade in den Tagen der Präsidentenwahl ausbrechen und vielleicht einen viel grösseren Umfang annehmen können. Stevenson, der zum zweiten Male ehrenvoll unterlegene demokratische Kandidat, ist gewiss ein kluger, hochgebildeter Mann, dessen politischer Erfahrungsschatz inzwischen erheblich gewachsen ist. Aber ihm fehlt der praktische Nachweis, dass er an oberster verantwortlicher Stelle mit schwierigen Ausnahmesituationen fertig

7. 11. 1956

werden kann, den Eisenhower mehrmals in hervorragendem Masse erbracht hat. Dies mag den Ausschlag gegeben haben.

Die Republikaner führten den Wahlkampf unter dem Slogan "Peace und Prosperity", also Frieden und Wohlstand. Neben dem Hinweis auf die Beendigung des Korea-Krieges konnten sie auch auf eine Reihe anderer Erfolgsmomente, wie etwa auf den Zustand der Vollbeschäftigung in der amerikanischen Wirtschaft und auf eine geringer gewordene Rüstungsbelastung, die wiederum nur möglich war, weil Eisenhower auf der berühmten Gipfelkonferenz von Genf als die überragende Erscheinung auftrat, der man allein eine Verständigung mit der Sowjetunion ohne Aufgabe wesentlicher Prinzipien der westlichen Welt zutraute.

Die stärkste Erschütterung dieser Losung von Frieden und Wohlfahrt brachten die Ereignisse der letzten Tage und Wochen. Vor Eisenhower steht nun die gewaltige Aufgabe, diese Losung auch zu realisieren. Welche Chancen bestehen dafür? In Ägypten beginnen sich die Rauchschwaden des Krieges durch das Waffenstillstandsangebot der Engländer und Franzosen zu verziehen, Übrig bleibt ein politisch-diplomatisches, und, wenn man so will, auch moralisches Trümmerfeld. Es ist in diesem Zusammenhang von sekundärer Bedeutung, was London und Paris bewogen haben mag, ihr Abenteuer abzubrechen. Auf der einen Seite können Eden und Mollet zumindest mit einem gewissen Anschein der Berechtigung darauf verweisen, dass ihr Ziel erreicht sei. Aber jedermann weiss, dass es nicht das eigentliche Ziel ihrer Unternehmung war, die kämpfenden Israelis und Ägypter voneinander zu trennen, dass es ihnen vielmehr darauf ankam, sich in den Besitz des Suez-Kanals zu setzen, mit dem Fernziel, den Obersten Wasser zu stürzen.

Sehr viel wird für den weiteren Ablauf nun davon abhängen, wie sich die britische und französische Regierung zu der internationalen Forderung stellen, ihre Truppen aus Ägypten zurückzuziehen und den Schutz des Suez-Kanals der in Aufstellung begriffenen internationalen Polizeitruppe zu überlassen.

Hier schlägt wieder die Stunde für die amerikanische Diplomatie. Nach den Ähnen ist die Lähmung der amerikanischen Aussenpolitik, die viel zur krisenhaften Zuspitzung der Lage beigetragen haben mag, überwunden. Und nach der ganzen politischen Vergangenheit Eisenhowers ist anzunehmen, dass er einen grossen Teil seiner Anstrengungen darauf

verwenden wird, die Autorität der UNO zu stärken und diese internationale Institution wieder mehr ins Spiel zu bringen. Wie weit ihm das gelingt, wird in der Praxis nicht zuletzt davon abhängen, wie schnell und erfolgreich die Idee der internationalen Polizeitruppe verwirklicht werden kann.

+ + +

"Adenauer wirkte mit"

Der. Von der Welt wurde durch das britisch-französische Waffenstillstandsangebot der Altdruck eines sich um Ägypten entzündenden dritten Weltkrieges genommen. Das ist eine gute Botschaft, sie erhellt ein wenig das Dunkel dieser bedrückenden Tage.

Wer hat dieses Einschwenken von Paris und London, diese ersten Ansätze einer rückkehrenden Vernunft, einer Besinnung auf die Wirklichkeit bewirkt? Der Bundeskanzler Adenauer - so sagt es der Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, der Bundestagsabgeordnete Dr. Krone, Bescheidenheit spricht nicht gerade aus einer solchen Feststellung, schon viel eher der Wunsch, auch in den ernstesten Krisensituationen ein parteipolitisches Süppchen zu kochen.

Die französischen Minister hatten kaum Zeit, sich ausführlich mit dem Gast aus Bonn zu beschäftigen, immer wieder wurden sie unterbrochen, zu einem geschlossenen ruhigen Gesprächsablauf ist es, wie man hört, gar nicht gekommen, zumal das französische Kabinett zur gleichen Zeit tagte. Die Kabelfachrichten aus Moskau, London, Washington und Ägypten beanspruchten mehr ihre Aufmerksamkeit als die "Vermittlungsversuche" des Bundeskanzlers. Wenn sie sich nun zur Beendigung ihres Abenteuers in Ägypten entschlossen - man hätte es nie anfangen dürfen - so nicht, um dem Bundeskanzler aus Bonn einen Gefallen zu tun, sondern um eine Katastrophe zu stoppen, die sie mit großer Wahrscheinlichkeit mit verschlungen hätte. Die russische Drohung, Truppen nach dem Nil zu entsenden, und die amerikanische Reaktion darauf russten auch die verbissensten Befürworter der ägyptischen Aktion in Paris und London erkennen lassen, welch gefährliches Spiel sie hier spielten.

Alle guten Kräfte in der Welt haben in diesen Stunden, sichtbar und unsichtbar, ihren Einfluss geltend gemacht, dass die Vernunft wiederkehre. Hier dem Bundeskanzler einen besonderen Lorbeer überreichen zu wollen, wird der Wirklichkeit nicht gerecht und zeugt auch nicht von gutem Geschmack.

+ + +

Es fehlt ein Programm

l.o. Paris, Anfang November

Von Beginn an unterstrichen Frankreichs sozialistische Minister, vor allem Ministerpräsident Mollet und Außenminister Pineau, den nach ihrer Meinung sehr deutlichen Unterschied zwischen dem eigenen Vorgehen gegen Ägypten und dem der Sowjetunion gegen Ungarn. Im ersten Falle handle es sich um die Zurückweisung nicht enden wollender Provokationen durch den ägyptischen Diktator Nasser. Im zweiten Falle jedoch um die Anwendung brutaler Gewalt zur Unterdrückung eines Volkes. Es wird viele geben, die dieser Unterscheidung nicht zustimmen können und denen es sehr schwer fallen mag, den Überlegungen der Pariser Regierung selbst dann zu folgen, wenn man sich den Weg vergegenwärtigt, der zu dem französisch-britischen Vorgehen führte.

Es wäre jedoch oberflächlich, wollte man annehmen, die französische Misstimmung gegenüber Ägypten sei erst Ende Juli entstanden, als in Alexandria Oberst Nasser, schallend lachend vor einer laut brüllenden Menge jubelnder Zuhörer erklärte: "Der Suezkanal gehört jetzt uns; ich nationalisiere ihn!" Vielmehr begann die Misstimmung, die sich zu offener Feindschaft entwickelte, erheblich früher, nämlich vor mehr als einem Jahr, als deutlich wurde, dass der Aufstand in Algerien von Kairo aus organisiert und finanziert wurde. Die sarkastischen, oft wirklich provozierenden, oft in hohem Masse beleidigenden Reden Nassers gegen Frankreichs Regierung und die Franzosen im allgemeinen waren nicht dazu angetan, ihm in Paris Fürsprecher zu verschaffen. Dadurch ferner, dass Nasser sich als Führer der arabischen Welt fühlte und dieses Gefühl deutlich Ausdruck gab, verlor er bei jenen zwei arabischen Nationen an Einfluss, die seit langer eigene Staaten gebildet haben und die auf eine Verbindung mit Frankreich bisher - trotz mancher Zerwürfnisse - Wert legen, nämlich Marokko und Tunesien.

Selbstverständlich liegt es nahe, der Regierung Mollet vorzuwerfen, sie habe, gemeinsam mit den britischen Konservativen, die Vereinten Nationen (UN) übergangen und den Bestand der NATO gefährdet. Tatsächlich ist es erstaunlich, dass die Erben Jean Jaures sich mit den britischen Tories zusammenfanden, um eine "Expedition" gegen Ägypten zu unternehmen, die sich von einem Kriege so unterscheidet wie ein

wie ein Ei vom anderen. Gerade diese Merkwürdigkeit veranlasst französische Sozialisten, Erklärungen abzugeben, die man als abwegig zurückweisen oder als begreiflich anerkennen mag.

Was sie sagen, ist etwa dies: Die UN hat, so bedauerlich es ist, versagt. Sie versagte bereits, als sie nicht in der Lage war, Ägypten zu zwingen, israelische Schiffe den Suezkanal passieren zu lassen. Oder umgekehrt: Nasser bewies bereits damals, dass er nicht daran dachte, sich irgendwelchen UN-Weisungen zu fügen. Stattdessen rückte er auf Tuchfühlung an Moskau heran, wo er ausser der erwünschten Rückenstärkung auch modernste Waffen erhielt, so dass er zum Sprungbrett der Russen im Mittelmeergebiet wurde. In aller Ruhe und Offenheit organisierte und finanzierte er gleichzeitig den Aufstand in Algerien und schickte seine Emissäre weit ins Schwarze Afrika hinein. Der Fall des Dampfers "Athos" (den die Franzosen auf dem Mittelmeer aufgriffen), der Waffen und Munition von Ägypten nach Algerien brachte, bewies, wenn es noch nötig war, den engen Zusammenhang zwischen der Regierung Nasser und den Vorgängen in Algerien. Die UN tat nichts - und konnte nichts tun - um diese Tätigkeit Nassers zu unterbinden.

Dies sind, in wenigen Worten, die Hauptargumente, die von französischen Sozialisten hervorgebracht werden. Wenn es nicht leicht ist, diese Argumente einfach beiseite zu schieben, so ist es doch nahelegend, zu fragen, warum Frankreichs sozialistisch geführte Regierung es bisher versäumt hat, den arabischen Nationen zu sagen, was sie in Afrika, besonders in Algerien, zu tun gedenkt, falls es ihr gelingt, Nassers Machtstellung zu erschüttern. Mit anderen Worten: Wenn man die Motive anerkennen will, die Frankreich zu seiner "Expedition" veranlassten, so kann man dies nur tun, wenn Mollets Regierung bekanntgibt, welches Programm sie nun nach dem Waffenstillstand zur Anwendung bringen will.

Tatsache ist, dass Nasser selbst und die dem Diktator zur Verfügung stehende Presse Frankreich bei jeder Gelegenheit gereizt und provoziert haben. Tatsache ist ferner, dass die Sitzungen der UN Frankreich keine Handhabe boten, diplomatisch-politisch dem unerklärten Krieg zu begegnen, den Ägypten, auf dem Umwege über Algerien, seit langem gegen Frankreich führt. Dieser auf die Dauer vielleicht schwer oder gar nicht zu ertragende Zustand kann jedoch die Regierung Mollet nicht von der Verpflichtung entheben, bekannt zu geben, was sie weiterhin zu tun beabsichtigt. Nur dadurch kann sie erwarten, dass man ihr Tun und Lassen entweder anerkennt oder wenigstens begreift.

Ein Freund des deutschen Volkes

Von Ernst Paul, MdB.

Wer die Tätigkeit des dänischen Ministerpräsidenten H.C. Hansen als Staatsmann und Parteiführer, wer die Abgewogenheit seines Urteils und die leidenschaftslose Sachlichkeit seiner Art zu argumentieren kennt, könnte zu der Frage verleitet sein, ob es denn stimme, dass dieser Mann erst ein Fünfziger sei. Denn bei aller Jugendlichkeit in Haltung und Wesen scheint es, als ob der Jubilar geistig reifer sei, als man nach seinem Alter erwarten dürfte. Die Erklärung dafür ist nicht allein in dem Umstand zu suchen, dass H.C. Hansen frühzeitig ins politische Leben eintrat, sondern darin, dass er dank seiner vielseitigen Begabung und seines Arbeitseifers sofort mit führenden Funktionen betraut worden ist. Jede ihm gestellte Aufgabe mustergültig erfüllend, durchlief er, lernend und Erfahrungen sammelnd, alle Stadien der Arbeiterbewegung in erstauhnlicher Schnelle, um schliesslich an der Spitze der Regierung seines Landes zu stehen.

Als Sohn eines Schusters am 8. November 1906 geboren, trat H.C. Hansen bereits als Typographenlehrling der dänischen sozialdemokratischen Jugendbewegung bei. Bald wurde er Verbandssekretär und kurz darauf Verbandsvorsitzender. Dazwischen lag ein Kurs an der deutschen sozialistischen Heimvolkshochschule in Tins. Auf diese Zeit geht seine intime Bekanntschaft mit vielen jungen deutschen Sozialisten zurück, die alle Stürme der Vergangenheit überdauerte. Als Hansen Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale wurde, stand er in enger Verbindung mit ihrem Sekretär Erich Ollenhauer. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich eine herzliche persönliche Freundschaft. Kaum über Dreissig, wählte ihn die dänische Sozialdemokratie zu ihrem Generalsekretär. Während der düsteren Zeit der Besetzung der Landes durch die Wehrmacht Hitlers einer der führenden Männer der dänischen Widerstandsbewegung, wurde er nach der Befreiung mit 39 Jahren der jüngste Finanzminister, den Dänemark je hatte. Im zweiten Kabinett Hedtoft übernahm H.C. Hansen das Aussenministerium und nach Hedtofts frühem Tode wurde er sein Nachfolger als Parteichef und Ministerpräsident.

Es ist unmöglich, H.C. Hansen zu würdigen, ohne seinen Vorgänger Hans Hedtoft zu nennen. Beide, intellektuell und politisch gleich-

wertig, ergänzten sich in idealer Weise. Hedtoft war Staatsmann und zugleich Volkstribun, H.C. Hansen, nicht minder volksverbunden, ist kühl abwägender Politiker, der die Kunst des Möglichen meistert wie selten einer. "Früher waren wir zwei, die sich in die Arbeit teilen konnten", sagte uns H.C. Hansen bei der Totenfeier für Hedtoft, "nun muß ich allein alle Verantwortung tragen." Nun, er trägt die Bürde, an erster Stelle in Staat und Regierungspartei zu stehen, mit Würde, Kundigkeit und Geschick, aber er besitzt auch die Fähigkeit, einen Kreis fähiger Mitarbeiter um sich zu sammeln.

In Dänemark ist Ministerpräsident Hansen ungemein populär. Nicht allein deshalb, weil sein Name unter den Dänen sehr häufig ist, sondern aus Anhänglichkeit und Vertrauen nennt man ihn ganz einfach "H.C." und jedermann in Lande weiß, dass sich hinter diesen Initialen die Person des Ministerpräsidenten verbirgt.

Trotz seiner vernunftbetonten Sachlichkeit ist H.C. Hansen nicht nur ein nüchterner Politiker, sondern ein musischer Mensch. Er liebt und übt die Musik und singt vorzüglich zur Laute. Bereits als er Finanzminister war, konnte man Proben seiner Kunst sogar öfter im Rundfunk hören. Er ist auch ein stets liebenswürdiger und geselliger Kamerad.

Als Deutsche und Sozialisten freuen wir uns, dass die Leitung der Regierung unseres nördlichen Nachbarlandes in den Händen dieses ausgezeichneten Mannes liegt. Unter H.C. Hansen konnten die Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland durch das Abkommen über die beiderseitigen Minderheiten so verbessert werden, dass die dauernde Freundschaft beider Völker gesichert ist.

Die SPD und seine vielen Freunde in Deutschland entbieten H.C. Hansen zu seinem 50. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche und versichern ihm treuer Freundschaft.

Kommunalwahlen ohne besondere Bedeutung

K. H., Mainz

Mit grosser Verspätung und ungleich langsamer gegenüber sonstigen Wahlkampf-Zeiten setzte auch in Rheinland-Pfalz die Werbung um den Wähler für die am 11. November bevorstehenden Gemeindewahlen ein. Ausser einigen Wahlplakaten, meist der SPD, waren lange Zeit in Städten und Gemeinden keine äusseren Anzeichen bisher zu entdecken gewesen. Dies hat sich jetzt vollkommen gewandelt. Überall tauchten die Ankündigungen für die Versammlungen auf, und zahlreiche Prominente aller Parteien beehrten vor dem entscheidungsvollen Termin das kleine Land links des Rheines mit ihrem Besuch.

Fast grössere Aufregung jedoch als der eigentliche Kampf um den Wähler haben die Auseinandersetzungen um die kommunistischen Tarnlisten in den Städten bisher verursacht. Das Innenministerium von Rheinland-Pfalz hatte sich in dieser heiklen Frage weise Zurückhaltung von Anfang an auferlegt und alle Entscheidung - mit Hinweis auf die kommunale Selbstverwaltung - den örtlichen Wahlausschüssen überlassen. Natürlich war daraufhin vielerorts guter Rat teuer und oftmals dürften die Meinungen über die Verfahrensweise in den Ausschüssen der kleinen und grossen Städte (auf dem flachen Land spielte diese Frage keine Rolle) mangels eingehender Erfahrung heftig aufeinander geprallt sein. Das Ergebnis war dementsprechend uneinheitlich. Teils wurden die Kommunisten als Tarnliste nicht zugelassen, teils wurden sie als "freie Liste" anerkannt. Von den insgesamt etwa 25 kommunistischen Listen wurden mehr als zwei Drittel nicht zugelassen. Die Aufsichtsbehörden haben darüber hinaus eine Reihe weiterer Listen auf Grund des Karlsruher Urteils verboten.

Von diesen zwielichtigen Listen abgesehen, ist der Markt der "freien Listen" dieses Jahr womöglich buntscheckiger als bei vergangenen Gemeindewahlen. Es scheint, dass die SPD die einzige Partei im Lande ist, die sich nirgends hinter derartigen unkontrollierbaren Kärtelchen versteckt. Obwohl auch die Landesleitungen von CDU und FDP sich für offene Parteilisten aussprachen, haben viele örtliche Partei-

7. 11. 1956

grössen es vorgezogen, allein oder mit anderen Interessenten zusammen den versteckten Weg zu wählen.

Ein Trick ist allerdings den "Bürgerlisten" nicht gelungen: Der Mittelstand, zu dem sich gerade im industriearmen Rheinland-Pfalz grosse Teile der Bevölkerung rechnen und seine im "Mittelstandblock" lose verbundenen Organisationen haben es abgelehnt, ihre Namen für die Wahl herzugeben und sich damit einer konkurrierenden Beteiligung enthalten. Sie haben stattdessen alle grossen Parteien aufgefordert, den Vertretern der Mittelschichten genügend aussichtsreiche Plätze einzuräumen, was auch weitgehend befolgt wurde, da alle verantwortlichen Politiker diese gesunde Auffassung ebenfalls bejahen.

Grossen Auftrieb haben alle Diskussionen über die mit der Wahl zusammenhängenden Fragen durch die überraschenden Wahlergebnisse in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erhalten. Nicht nur in Kreisen der SPD, wo man sich natürlich dem Linkerwisch anschliessen möchte, sondern auch bei den Vertretern anderer Parteien und Gruppen fühlt man sich angeregt und beflügelt. Wie die bisher eingesetzten Wahlredner feststellen konnten, besteht bei der Bevölkerung eine grössere Bereitschaft zur echten politischen Diskussion. Vor allem die Belastungen der Gemeinden durch unsozialen Wohnungsbau, verzögerte Sozialreform, militärische statt soziale Aufrüstung, fehlende Schulhäuser und vieles andere mehr aus dem Sündenregister der Bundesregierung haben viele Gemüter in den Städten und auf dem Lande in Wallung gebracht.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau